

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 1 / 2016

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

Konflikte in Behörden - Eine Frage der Sicherheit

Behördensicherheit ist im Fokus der Öffentlichkeit, seit ein Mann im Ludwigsfelder Rathaus randalierte und bei den Mitarbeitern Angst und Schrecken verbreitete. Vergleichbare Situationen gibt es in Verwaltungen öfter. Deren Chefs gehen unterschiedlich damit um. Einige setzen auf Deeskalation. Jüterbogs Bürgermeister Arne Raue zeigt lieber harte Kante.

Danny Eichelbaums Position ist eindeutig. Nachdem am Mittwoch ein Mann mit zwei Messern beladen ins Ludwigsfelder Rathaus spazierte, dort Akten durch die Gegend warf und Drohungen gegen den Bürgermeister ausstieß, erklärte der Jüterboger CDU-Landtagsabgeordnete umgehend diesen Zwischenfall für symptomatisch. Es sei an der Zeit, dass die Sicherheitsmaßnahmen in den kommunalen Verwaltungen überprüft werden, ließ Eichelbaum wissen. Allgemein habe sich die Gewaltbereitschaft in den letzten Jahren erhöht. Man müsse deshalb umsteuern und einen Weg finden, die Häuser zwar offen zu halten, gleichzeitig aber die Mitarbeiter zu schützen.

Jüterbogs Bürgermeister: Reizgas im Außendienst

Ganz neu ist das Problem freilich nicht. In den meisten Kommunen und Behörden beschäftigt man sich schon lange mit dem Thema Sicherheit. Die Mechanismen sind in der Regel eingespielt, wenngleich die Ansätze unterschiedlich sind. Während sich etwa die Kreisverwaltung Dahme-Spreewald bewusst als offenes Haus präsentiert oder man sich in überschaubaren Gemeinden wie Niederer Fläming darauf verlässt, dass sich wütende Besucher wieder abregen – spätestens wenn der Bürgermeister persönlich im Büro steht –, zeigen andere Rathäuser harte Kante. Arne Raue (parteilos), Bürgermeister in Jüterbog, hat für seine Mitarbeiter gerade einen Selbstverteidigungskurs organisiert.

Am liebsten würde er die Außendienstleute für den Notwehrfall auch mit Reizgas und Schlagstock ausstatten, so wie es in Berlin möglich ist. Geboten seien solche Maßnahmen auf jeden Fall. „Die Kollegen werden bespuckt, beschimpft, bedroht, ihre Autos werden zerkratzt. Solche Vorfälle bringe ich alle zur Anzeige, und ich werde es weiter tun. Die Sicherheit meiner Mitarbeiter ist mir eine Herzensangelegenheit – unabhängig von dem Zwischenfall in Ludwigsfelde“, sagt Raue.

Der Ludwigsfelder „Absetz“-Versuch

Ein Mann ist am Mittwochmorgen, kurz nach Öffnung, ins Ludwigsfelder Rathaus gestürmt. Im Vorzimmer des Bürgermeisters kam es zur Eskalation. Der Mann warf mit Akten und beschimpfte den Bürgermeister, der allerdings nicht anwesend war.

Bei dem Täter handelte es sich um den früheren SPD-Politiker und Ersten Beigeordneten der Stadt, René Böttcher. Er wurde vor eineinhalb Jahren von Ärzten für berufsunfähig erklärt und musste die Verwaltung verlassen. Mit seiner Aktion am Mittwoch wollte er nach eigener Aussage den Bürgermeister „absetzen“.

Er ist inzwischen in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht.

Anderswo wählt man den Mittelweg. Im Rathaus von Blankenfelde hat man zwar schon öfter über Alarmknöpfe oder Abwehrhilfen diskutiert. „Wir kamen aber immer zu dem Schluss, dass technische Maßnahmen uns nicht helfen, wenn es jemand wirklich darauf anlegt“, sagt Hauptamtsleiterin Katharina Schiller. „Ich glaube deshalb auch nicht, dass man nach den Ereignissen von Ludwigsfelde übereilte Entscheidungen treffen sollte.“

In Blankenfelde setzt man auf große, helle Büros und auf Teamarbeit. Zu konfliktträchtigen Gesprächen gehen Mitarbeiter mindestens zu zweit, außerdem gebe es regelmäßige Deeskalations-Schulungen. Damit sei man bisher gut gefahren. „Körperliche Attacken hatten wir noch nie“, so Katharina Schiller.

Großes Konfliktpotenzial im Jobcenter

Kritische Situationen kann es in allen Verwaltungen geben, schließlich treffen Bescheide die Bürger oft dort, wo sie am empfindlichsten sind: am Gerechtigkeitssinn und am Geldbeutel. Besonders hoch ist das Konfliktpotenzial aber im Jobcenter – das hat die Arbeitsagentur sogar wissenschaftlich ermittelt.

„Reale Gewalt ist bei uns Gott sei Dank selten, aber die Kollegen erleben häufig Situationen, wo sie verbal deeskalieren müssen. Das klappt nicht immer“, sagt Agentur-Sprecherin Doreen Ließ. Im Luckenwalder Jobcenter ist deshalb stets ein Sicherheitsdienst anwesend, der auch reichlich zu tun hat. Selbst die Jugendberufsagentur, die in der kommenden Woche eröffnet wird, soll einen festen Sicherheitsdienst haben. Darüber hinaus sind alle Mitarbeiter noch mit technischen Alarmsystemen ausgestattet, und sie bekommen regelmäßig Seminare zum Umgang mit konfliktträchtigen Kunden.

Justizsprecherin: Gerichte sind keine Hochsicherheitstrakte

Auch in Gerichten ist Sicherheit immer wieder ein Thema. Erst 2011 hat das Landesjustizministerium ein verschärftes Sicherheitskonzept erarbeitet und festgelegt, dass in allen Landgerichten, in allen Gerichten am Sitz eines Landgerichtsbezirks und allen Sozialgerichten Sicherheitsschleusen installiert werden müssen. Die Amtsgerichte in der Dahmeland-Fläming-Region gehören nicht dazu. „Sicherheit muss man immer abwägen gegen Freiheitsrechte. Wir wollen nicht überall Hochsicherheitstrakte aus unseren Gerichten machen“, sagt Ministeriumssprecherin Maria Strauß. Die Amtsgerichte können aber bei Bedarf ein mobiles Sicherheitsteam anfordern, das jeden Besucher kontrolliert.

In dieser Woche hatte das Zossener Amtsgericht ein solches Team im Einsatz, und die Männer wurden laut Ministerium fündig. Aus dem Rucksack eines Besuchers fischten sie zwei Filettiermesser. Sie gaben dem Besucher diese nach der Verhandlung zurück. Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei dem Mann um René Böttcher – der kurz darauf im Ludwigsfelder Rathaus Angst und Schrecken verbreitete.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.03.2016

CDU-Ludwigsfelde wählt neuen Vorstand – Detlef Helgert als Vorsitzender wiedergewählt

Der CDU-Ortsverband Ludwigsfelde wählte am Donnerstagabend im Rahmen einer Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand. Der alte und neue Vorsitzende des Stadtverbandes heißt Detlef Helgert, der alle Stimmen der anwesenden Mitglieder auf sich vereinen konnte.



Die Mitgliederversammlung, die vom CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum geleitet wurde, wählte weiterhin den CDU-Fraktionsvorsitzenden in der Ludwigsfelder Stadtverordnetenversammlung, Andreas Herms, zu seinem Stellvertreter. Dem neuen CDU-Ortsvorstand gehören als Schatzmeisterin Rosemarie Kleinfeld, als Schriftführer Patrick Nelte und als Beisitzer Peter Erdmann, Martino Persky sowie Bodo Zühlke an. Alle Kandidaten wurden ohne Gegenstimmen gewählt.

Detlef Helgert, der aufgrund einer Erkrankung nicht an der Versammlung teilnehmen konnte, freute sich über das ihm zuteil gewordene Vertrauen der Mitglieder und sieht das Ergebnis auch als Bestätigung seines Kurses, dass die CDU vor Ort auch als Opposition im Stadtparlament gute Arbeit für die Menschen in Ludwigsfelde leistet.

Dazu Detlef Helgert: „Ich bedanke mich für die Wahl und das entgegengebrachte Vertrauen meiner Mitglieder. Es zeigt, dass wir als Vorstand auch von der Basis her Rückenwind für unsere konstruktive Politik im Stadtparlament haben. Wir als CDU werden auch in den nächsten Jahren offen sein für alle Dinge, die Ludwigsfelde als Stadt und Wirtschaftsstandort vorantreiben. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstand und werde alles daran setzen Ludwigsfelde weiter zukunftsfähig zu machen.“

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum kritisierte in seinem Grußwort die Politik der rot-roten Landesregierung. Die Landesregierung fährt das Bildungssystem in Brandenburg an die Wand. Es gibt kaum noch eine Schule, in der nicht Lehrer fehlen und Unterricht ausfällt. Auch in der Kriminalitätsbekämpfung versagt die Landesregierung. Seit Jahren wird über die Evaluation der Polizeireform diskutiert, aber bis heute hat es der Innenminister nicht geschafft, die Personalstärke der Polizei zu verbessern und damit die Kriminalität im Land wirkungsvoll zu bekämpfen. Stattdessen werden die Menschen im Land und die Verwaltungsmitarbeiter mit einer völlig unnötigen Kreisgebietsreform verunsichert.

Zur Wahl Detlef Helgerts als alten und neuen Vorsitzenden der Ludwigsfelder CDU sagt Eichelbaum: „Mit dem guten Ergebnis von Detlef Helgert bei der Bürgermeisterwahl im letzten Jahr hat die CDU an Zustimmung in der Stadt gewonnen, das spürt man! Detlef Helgert ist der richtige Mann am richtigen Ort!“, so der Ludwigsfelder CDU-Landtagsabgeordnete.

Quelle: Pressemitteilung, 04.03.2016

Land: Radweg nach Gröben nicht geplant

Das Land hält den Bau eines Radwegs zwischen Siethen und Gröben für nicht dringlich. Deswegen gibt es auch keine konkreten Planungen dafür. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum hervor. Nach den "Empfehlungen für den Bau von Radverkehrsanlagen" sei ein separater Radweg auf einer Straße, die generell auf Tempo 70 beschränkt ist, erst ab 4000 Autos am Tag sinnvoll, heißt es in dem Schreiben.

Auf der entsprechenden Strecke werde bis 2025 nur mit 2000 Fahrzeugen am Tag gerechnet. Grundsätzlich will die Landesregierung das für den Radwegbau eingeplante Geld vor allem für den Unterhalt und Modernisierung des bestehenden Radwegenetzes ausgeben. Neu gebaut werden sollen nur noch Lückenschlüsse an hoch belasteten Straßen. Für Danny Eichelbaum ist diese Antwort ein Schlag ins Gesicht aller Kommunalpolitiker, die sich für den Radweg einsetzen. "Das Infrastrukturministerium missachtet hier den eindeutigen Willen der Bürgerinnen und Bürger in der Region", sagte Eichelbaum. Für ihn rechtfertigt auch ein Verkehrsaufkommen von 2000 Fahrzeugen am Tag einen Radweg. "Muss es erst zu schweren Unfällen kommen, um ein Umdenken in der Landesregierung zu bewirken?" Der Landtagsabgeordnete kündigte an, dass es zu weiteren Protestaktionen in Absprache mit den betroffenen Ortsbeiräten kommen werde.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.02.2016



14.02.2016 Spendenübergabe beim
Jahresempfang des Fördervereins der
Feuerwehr Ludwigsfelde in Groß Schulzendorf

27.01.2016 Gedenken an die Opfer des Holocaust in
Ludwigsfelde



11.01.2016 Neujahrsempfang der Stadt Trebbin
2016

Landtagsabgeordneter Eichelbaum stellt Anfrage an die Landesregierung - Konkrete Maßnahmen gefordert

Gröbener haben sich an den Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Infrastruktur und Landesplanung, den CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum gewandt und ihn um Hilfe gebeten.

Seit über 15 Jahren kämpfen die Bürgerinnen und Bürger von Gröben nun schon für die Errichtung eines straßenbegleitenden Radweges zwischen Siethen und Gröben. Sie wandten sich bereits an die Stadt Ludwigsfelde und den damaligen Landrat, aber immer wieder gab es Absagen. „Schon mein Vorgänger Ernst von Glasow hat unzählige Versuche unternommen, um den Bau eines Radweges zu realisieren.

Gröbener wurden immer wieder vertröstet

Doch immer wieder werden die Gröbener vertröstet, mal ist es die unterschiedliche Zuständigkeit des Landes Brandenburg und des Landkreises für die entsprechenden Straßenabschnitte, mal sind es Bedenken der Unteren Naturschutzbehörde und mal ist es das liebe Geld, was für das Vorhaben angeblich fehlt. Muss es erst zu Unfällen mit Verletzten oder sogar mit tödlichen Folgen kommen, damit der Radweg gebaut wird?“, äußert sich besorgt die Ortsvorsteherin von Gröben, Stefanie Heyden. „Wir wollen endlich Taten sehen.“, so Stefanie Heyden weiter.

Im Oktober wandte sich der Ortsbeirat nach einer Sitzung wieder einmal mit einer Anfrage an die Stadtverwaltung. Und wieder einmal wurde man von den Behörden vertröstet. In der Antwort von Baufachbereichsleiter Torsten Klaehn heißt es abschließend: „Grundsätzlich ist anzumerken, dass durch die kostenintensiven Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde die gewünschten Radwege zu einem Kostenextrem führen und somit eine Realisierung kaum noch darstellbar wird.“

Ortsbeirat gibt sich mit den Antworten nicht zufrieden

Damit möchte sich der Ortsbeirat von Gröben aber nicht zufrieden geben.“ Es darf und kann nicht sein, dass für weniger wichtige Sachen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, aber für die Infrastruktur und die Verkehrssicherheit kein Geld da ist. Hier müssen endlich die richtigen Prioritäten gesetzt werden.“, so Ortsbeiratsmitglied Martino Persky. Deshalb haben sich die Gröbener jetzt an den Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Infrastruktur und Landesplanung, den CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum gewandt und ihn um Hilfe gebeten. Danny Eichelbaum kennt das Problem aus den Gesprächen mit den Bürgern aus Gröben und kann ebenfalls nicht nachvollziehen, warum weder der Landkreis Teltow-Fläming noch das Land Brandenburg das Vorhaben in ihr Radwegeprogramm mit aufgenommen haben.

Landesregierung hat Radwegebau vernachlässigt

„Leider hat die Landesregierung den Radwegebau in Brandenburg sträflich vernachlässigt. Während das Land Brandenburg 2009 noch 120 Mio. Euro (1,17 Prozent des Gesamthaushaltes) für den Straßen und Radwegebau ausgab, war es im Jahr 2014 gerade noch 53,5 Mio Euro (0,41 Prozent des Gesamthaushaltes). Das Ergebnis sind Huckelpisten und fehlende Radwege im Land. Von 556 in den Bedarfslisten ausgewiesenen Radwegen wurden bis zum Jahr 2014 gerade mal 135 fertiggestellt. Das ist nicht zufriedenstellend. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, das Land muss dem Straßen -und Radwegebau wieder Priorität einräumen. Hier geht es nicht nur

um Arbeitsplätze, sondern auch um die Verkehrssicherheit, die Stärkung des ländlichen Raumes und den Tourismus.“, so Danny Eichelbaum.

Mit einer parlamentarischen Anfrage hat sich der Landtagsabgeordnete jetzt an die Brandenburger Landesregierung gewandt. In der Anfrage von Danny Eichelbaum heißt es u.a.: „Seit Jahren warten die Bürgerinnen und Bürger bereits auf die Realisierung des dringend erforderlichen Radweges zwischen Siethen und Gröben. Trotz zahlreicher Vorstöße kommt das Vorhaben nicht voran. Aufgrund des stark gestiegenen Verkehrsaufkommens stellt das Befahren der Straße für Radfahrer eine sehr erhebliche Gefährdung dar. Die Benutzung für Kinder ist besonders gefährlich.

Infrastruktur und Verkehrssicherheit

Mit der Realisierung des Vorhabens würde die touristische Infrastruktur der Region und die Verkehrssicherheit erhöht werden sowie der ländliche Raum rund um Ludwigsfelde gestärkt werden.“ Konkret möchte der Landtagsabgeordnete von der Landesregierung wissen, wie die Dringlichkeit für den Bau des Radweges eingeschätzt wird, ob es bereits Gespräche zwischen den Landesbehörden, dem Landkreis und der Stadt Ludwigsfelde hierzu gegeben hat, ob es konkrete Planungen und Festlegungen gibt und wie hoch die Kosten für den Radwegebau eingeschätzt werden.

Quelle: Blickpunkt, 22.01.2016



15.01.2016 Neujahrsempfang der Stadt Ludwigsfelde

B101 bei Thyrow liegt im Zeitplan

Der gegenwärtige Ausbau der B101 im Bereich der Ortsumgehung Thyrow entspricht der Termin- und Kostenplanung. Das teilte die Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung, Kathrin Schneider (SPD), den CDU-Landtagsabgeordneten Sven Petke, Danny Eichelbaum und Rainer Genilke, der verkehrspolitische Sprecher der Landtags- Fraktion, mit. Diese hatten eine Anfrage an die Landesregierung gestellt zu Fragen des Baufortschritts und des Lärmschutzes bei der Ortsumgehung.

Demnach wurden beim Brückenbauwerk zwischen Thyrow und Siethen „die Erdarbeiten, die Gründung, die Unterbauten sowie das Traggerüst für den Überbau ausgeführt“ und die Vorbereitungen für den Streckenbau der L795 begonnen. In Vorbereitung des Streckenbaus der B101 seien Leitungsumverlegungen vorgenommen, die archäologischen Grabungen abgeschlossen und die Artenschutzmaßnahmen vorbereitet worden.

Die CDU-Abgeordneten wollten außerdem wissen, welche Lärmschutzmaßnahmen in diesem Zuge vorgenommen würden. Antwort: keine. Denn: „Aus den Berechnungen des schalltechnischen Gutachtens ergibt sich keine Notwendigkeit für die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen“, so die Ministerin. *Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 07.01.2016*

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Lehreralarm in Teltow-Fläming - CDU: Lehrermangel gefährdet Unterrichtsversorgung in Teltow-Fläming

Hierzu erklären die CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und Sven Petke:

Der Lehrermangel entwickelt sich im Landkreis Teltow-Fläming zu einem Standortnachteil. Es vergeht kaum eine Woche, in der in einer Schule des Landkreises der Unterricht nicht ausfällt. Hier nur einige öffentlich gewordene Beispiele: In der Grundschule Stülpe fielen 69 von 176 Wochenstunden wegen Lehrermangels aus, es gab dadurch keine Ganztagsangebote, keine Förderstunden und keine regulären Stundenpläne. In der Jüterboger Geschwister Scholl-Schule wurden Klassen trotz eines erheblichen sonderpädagogischen Bedarfes zusammengelegt, in der Preussler-Oberschule in Großbeeren wurde die Errichtung einer zusätzlichen ersten Klasse vom Bildungsministerium nicht genehmigt, obwohl es sich bei der Schule um eine Pilotschule für Inklusion handelt. Diese Schulen stellen nur die Spitze des Eisberges dar.

"In unseren Schulen ist es schon längst 5 nach 12. Der Lehrermangel gefährdet mittlerweile die Unterrichtsversorgung in Teltow-Fläming. Bestimmte Fächer, wie der Mathematik und der Fremdsprachenunterricht können in einigen Schulen gar nicht oder nur noch sporadisch unterrichtet werden. Der hohe Krankenstand bei den Lehrern führt zu weiteren Unterrichtsausfall. Es mangelt an Sonderpädagogen, um den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülern erfolgreich zu gestalten und es werden kaum noch Lehrer für den ländlichen Raum gefunden. "Stillbeschäftigung" wird sogar als Unterricht gewertet. Immer neue bürokratische Vorgaben aus Potsdam frustrieren die Lehrerschaft. ", so Danny Eichelbaum "In Brandenburg wird das Bildungssystem an die Wand gefahren.

Seit Jahren weisen Lehrer, Eltern und Lokalpolitiker auf diesen dramatischen Umstand hin. Doch in Potsdam werden die Hilferufe ignoriert, stattdessen verbreitet der Bildungsminister Jubelmeldungen über die angebliche Einstellung tausender Lehrer, die noch nicht einmal die Lehrer ersetzen, die in Pension gehen. Die Abgeordneten werden getröstet oder werden mit neuen Versprechungen der Landesregierung ruhig gestellt. Die angebliche Lösung des Lehrermangels bleibt in unseren Schulen aus. Quereinsteiger, die nur in wenigen Monaten pädagogisch ausgebildet wurden, können kein Ersatz für fehlende Fachlehrer sein.", so Sven Petke. Wie heißt es noch im Koalitionsvertrag von SPD und Linken:" Mit Tausenden neuen Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern wollen wir die Qualität unserer Bildungseinrichtungen nachhaltig steigern und dabei zeigen, dass Leistungsorientierung mit Chancengleichheit einhergeht." Angesichts des dramatischen Lehrermangels und des massiven Unterrichtsausfalles sind diese Ruhmesmeldungen blanker Hohn in den Augen der geplagten Lehrer, Eltern und Schüler. Es ist an der Zeit, dass die Brandenburger Landesregierung endlich handelt und nicht nur redet!

Quelle: Blickpunkt, 05.03.2016



25.02.2016 Beim Kreisbauerntag in Werder

23.02.2016 Besuch der Erstaufnahmeeinrichtung
für Flüchtlinge in Wünsdorf



Baustellen an der B101 - Petke und Eichelbaum (CDU) haken nach

Zwei Baustellen zwischen Luckenwalde und Trebbin sorgen seit einiger Zeit für Verkehrsbeschränkungen an der B101. Davon betroffen sind auch die beiden hiesigen CDU Landtagsabgeordneten Sven Petke und Danny Eichelbaum, die auf ihrem Weg nach Potsdam regelmäßig daran vorbeikommen. Das veranlasste sie dazu, mal bei der Landesregierung nachzufragen, was es denn damit auf sich habe.

Laut Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung handelt es sich bei der Baustelle im Bereich der B101-Abfahrt Trebbin-Nord um eine Böschungssanierung. Die Böschungsschäden in diesem Bereich seien durch "Starkregenereignisse" in den letzten Jahren hervorgerufen worden. Solche Schäden sollen in Zukunft durch Änderungen an den Entwässerungseinrichtungen ausgeschlossen werden. Die seit Mitte Oktober laufenden Bauarbeiten würden voraussichtlich bis Ende Mai andauern. Danach würden aber in weiteren Bereichen Böschungsarbeiten vorgenommen und voraussichtlich im Oktober 2016 abgeschlossen sein. Insgesamt befinde man sich im Zeit- und Kostenrahmen, so das Ministerium.

Wenig kann es dagegen zur Fahrbahnabsenkung im Bereich der Abfahrt Nuthe-Urstromtal mitteilen. Dort wurde eine Geschwindigkeitsbegrenzung angeordnet. Die Ursache für diese Absenkung könne noch nicht genau benannt werden, heißt es, da Baugrund und Asphalt in diesem Bereich derzeit untersucht würden. Deshalb kann das Ministerium weder genauere Aussagen zur Höhe des Schadens noch über das Ausmaß und die Kosten der erforderlichen Baumaßnahmen treffen. Auch kann es noch nichts über den Zeitrahmen der Arbeiten und den Zeitpunkt der Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung sagen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.02.2016

Kreis-Haushalt beschlossen Etatplan: 4,5 Millionen Euro Überschuss

Der Kreistag von Teltow-Fläming hat den Haushalt für das Jahr 2016 geschlossen. Der Plan enthält einen hohem Überschuss: 4,5 Millionen Euro. Dieser soll zum Abbau der Schulden eingesetzt werden. Daher leistet sich der Kreis auch nur Investitionen in Höhe von 1,9 Millionen Euro.

Luckenwalde. Mit einer deutlichen Mehrheit bei nur vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen verabschiedete am Montagabend der Kreistag den Haushalt 2016 des Landkreises Teltow-Fläming. Sein Volumen beträgt rund 250 Millionen Euro.

Damit wurde ein Kraftakt beendet, denn der Etat enthält nicht nur eine schwarze Null, sondern einen Überschuss von gut 4,5 Millionen Euro am Ende des Jahres, die für den Abbau des Schuldenbergs des Kreises genutzt werden sollen.

Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) erinnerte daran, dass der Kämmerer mit einem Null-Euro-Überschuss in die Haushaltsdiskussion gestartet ist, also fast zwei Prozent Kürzungen zum Gesamthaushalt notwendig waren, um das Konsolidierungsziel zu erreichen.

So bezeichnete der CDU-Fraktionsvorsitzende Danny Eichelbaum den Haushalt als „optimistisch und ambitioniert“ und freute sich, dass das Ende der Haushaltssicherung in Sichtweite sei und der Höchstbetrag des Kassenkredits von 43 auf 34 Millionen Euro gesenkt werden kann. Eichelbaum bedauerte aber auch, dass nur 1,9 Millionen Euro für Investitionen bereitstünden.

Ein Abschied von der Schuldenkultur falle sicherlich nicht leicht, sagte Linksfraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Akuloff. Umso mehr lobte er den Sparwillen aller Ämter der Kreisverwaltung. Mehrausgaben des Kreises wie die sozialen Transferleistungen seien dabei nicht hausgemacht, sondern unplanbar und entsprechend unvermeidbar.

Das Glück des Tüchtigen sei auf Seiten des Kreises, sagte SPD-Fraktionschef Helmut Barthel. Die Wirtschaft brumme und der Kreis partizipiere daran über die Kreisumlage der Kommunen. Demgegenüber stünden aber die gestiegenen Ausgaben insbesondere für die Flüchtlinge. Barthel forderte, die Wirtschaftsförderung weiter zu forcieren.

Als einen Tropfen auf den heißen Stein bezeichnete auch Michael Baumecker von der Fraktion Bauernverband/FDP das geringe Investitionsvolumen von 1,9 Millionen Euro. Dafür habe der Kreis aber in den vergangenen Jahren über seine Verhältnisse gelebt.

Die zusätzlichen Erträge aus der Kreisumlage in Höhe von 10,6 Millionen Euro sollten dem Überschuss zugerechnet und im Haushalt eingespart werden, forderte Matthias Stefke (Plan B/BVBB-WG). Seine Anträge wurden alle in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.02.2016

04.02.2016 Besuch der Schaeffler AG mit
Bundesforschungsministerin Prof. Dr. Johanna
Wanka in Luckenwalde



Kleine Spende, große Wirkung – CDU Teltow-Fläming gibt Startschuss für Spendenaktion des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde

Die CDU Teltow-Fläming sammelte 153,-€ Spendengelder für die Hundestaffel der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde im Rahmen ihres Neujahrsempfang.

„Wenn jemand mit einer guten Idee an uns herantritt, dann müssen wir das unterstützen!“ Das hat sich die CDU Teltow-Fläming zum Motto gemacht und im Rahmen ihres Neujahrsempfanges Spenden für den Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde gesammelt. Insgesamt 153,-€ wurden beim Neujahrsempfang eingesammelt.

Dazu erklärt der CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum:

„Der Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde hat es sich zur Aufgabe gemacht bis zum 24.06.2016 genügend Spendengelder einzusammeln, um der im letzten Jahr neugeschaffenen Hundestaffel der Feuerwehr Ludwigsfelde einen dringend benötigten zweiten Hundetransportanhänger zu übergeben. Der CDU-Kreisverband Teltow-Fläming hat sich gern dazu bereit erklärt, die Spendenaktion zu unterstützen. Die Hundestaffel der Feuerwehr Ludwigsfelde ist die erste seiner Art im Land Brandenburg und hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits unschätzbar gute Arbeit geleistet. Die 17 Mitglieder der Staffel und ihre 19 Hunde benötigen jedoch dringend einen zweiten Hundetransportanhänger. Mit der Spendensumme in Höhe von 153,-€ haben wir den Startschuss für die Spendenaktion gestartet. Alle Bürgerinnen und Bürger, sowie alle Unternehmen in unserem Landkreis sind nun aufgerufen, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten einen kleinen Spendenbeitrag zur Unterstützung der Hundestaffel zu tätigen. Hunde sind nicht nur „die besten Freunde des Menschen“, sie können auch Lebensretter sein.“

Frau Carla Karstädt, Mitglied des Vorstandes des Fördervereins fügte zur Aktion an: „Wir, der Vorstand des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde, wissen, dass es ein ambitioniertes Ziel ist, 10000,-€ an Spendengeldern bis Ende Juni einzusammeln. Wir haben jedoch eine verwegene Theorie: In Teltow-Fläming gibt es mehr als 1700 kleine und mittelständische Unternehmen. Wenn jeder zweite Firmeninhaber den symbolischen Wert einer großen Tüte Hundefutter, dies sind 15,-€, als Spende beisteuert, ist das Ziel Hundetransportanhänger durchaus zu realisieren. Natürlich sind auch kleinere Spendenbeträge von Privatpersonen gern gesehen. Die Hunde leisten hervorragende Arbeit. So sind Sie in den letzten Monaten unter anderem erfolgreich bei der Suche nach vermissten Personen eingesetzt worden. Wir benötigen dringend den zweiten Transportanhänger, damit die Hunde im gesamten Landkreis eingesetzt werden können, auch wenn es einmal mehr als einen Einsatz zu gleichen Zeit gibt.“

Interessierte Spender können Ihre Spende auf das Konto des Fördervereins Freiwillige Feuerwehr Ludwigsfelde, Mittelbrandenburgische Sparkasse, IBAN DE75 16050000 3645020585 tätigen.

Abschließend ruft der CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum auf:

„Jeder kleine und große Spendenbetrag ist ein wichtiger Schritt zur Rettung von Menschenleben in unserer Region! Nehmen Sie sich ein Herz und unterstützen Sie die Arbeit der Hundestaffel der Feuerwehr in Ludwigsfelde.“

Nähere Infos zu Spenden an den Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde erhalten interessierte Bürger und Unternehmen unter <http://www.foerderverein-ffw-lu.de>. Auf Wunsch stellt der Förderverein auch Spendenquittungen für die geleisteten Zahlungen aus.

Quelle: Pressemitteilung, 09.02.2016

Flüchtlingsthema beherrscht die Tagespolitik - Rund 100 Besucher tauschen sich beim Neujahrsempfang der Kreis-CDU in Thyrow aus

Rund 100 Christdemokraten, Einwohner und Gäste anderer Parteien haben sich am Sonnabend in der Kulturscheune Thyrow zum traditionellen Neujahrsempfang der CDU Teltow-Fläming getroffen. Der Kreisverband zählt zurzeit 320 Mitglieder.

"Es scheint, als befände sich unser Land in einer Winterdepression", sagte CDU-Kreisvorsitzender Danny Eichelbaum. Laut einer Umfrage des Allensbach-Institutes würden 41 Prozent der Deutschen hoffnungsvoll ins neue Jahr gehen (vor einem Jahr 56 Prozent), 27 Prozent mit Befürchtungen (zuvor elf Prozent). "Ist es wirklich so schlimm?", fragte Eichelbaum und gab die Antwort selbst: "Nein, Deutschland ist das beste Land der Welt."



Wirtschaftskraft, Exportstärke, die führende Rolle bei der Lösung internationaler Konflikte und geringe Arbeitslosigkeit seien enorme Pluspunkte. Er verwies aber auch auf die Ängste der Menschen. "Es ist vor allem der Zustrom von Flüchtlingen, der vielen Sorge macht", sagte er. In Teltow-Fläming sei es 2015 gelungen, 1900 Asylsuchende unterzubringen, ohne auf Turnhallen und Zeltstädte zurückzugreifen. "Es ist großartig, was Behörden und Zivilgesellschaft geleistet haben, aber wir können das nicht beliebig wiederholen", sagte Eichelbaum, "deshalb muss die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, spürbar gesenkt werden."



Eichelbaum forderte, dass Flüchtlinge sich an Recht und Gesetz halten müssten. „Angriffe auf Frauen, sexuelle Übergriffe und Diebstähle sind Verbrechen. Die Nulltoleranz gegenüber jeder Gewalt gilt auch für Flüchtlinge“, so Eichelbaum. Wer Regeln verletze, müsse abgeschoben werden. Der CDU-Kreischef distanzierte sich gleichzeitig von Gewalt und Hetze gegen Flüchtlinge, direkt und im Internet. Bei allen Herausforderungen dürfe man andere Aufgaben aber nicht vergessen, mahnte Eichelbaum, wie bessere Kitas und Schulen, mehr Polizei, Investitionen in Straßen und Schienen sowie der Erhalt des Landkreises.

Neben kritischen Anmerkungen zum Flüchtlingsthema sagte Trebbins Bürgermeister Thomas Berger (CDU) an die Landes- und Bundespolitik gerichtet: "Wir reden vom Klimaschutz, aber der Bund hat es bis jetzt nicht geschafft, die Förderung von Elektromobilität

voranzubringen." Außerdem erteilte er der geplanten Gebietsreform eine Abfuhr. "Das Land spricht von Identität, aber genau die ist in Gefahr, wenn die Landkreise auseinandergepflückt werden", so Berger.

Laut der Bundestagsabgeordneten Jana Schimke trauen die Deutschen in der Flüchtlingsfrage derzeit der Union die größte Kompetenz zu. "Die deutsche Asylpolitik ist human und liberal, aber auf die aktuellen Flüchtlingszahlen nicht ausgelegt", sagte die CDU-Politikerin. Deshalb komme es jetzt darauf an, Fehlanreize zu überarbeiten, Behörden personell aufzustocken, die Registrierung zu verbessern und Asylsuchende an der Integration zu beteiligen. CDU-Vize-Landeschefin Barbara Richstein forderte mehr europäische Solidarität in der Asylpolitik, von den Flüchtlingen die Bereitschaft zur Integration und von der Politik Verständnis für die Ängste der Bürger. "Jeder muss seine Sorgen aussprechen dürfen, ohne in die rechte Ecke gestellt zu werden", sagte sie. Zur "berühmt-berüchtigten Landesstrukturreform" von Rot-Rot habe die CDU ein Alternativ-Konzept entwickelt, das in dieser Woche an die Kreisverbände geschickt werde.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.02.2016



25.01.2016 Wahl des neuen CDU-Ortsvorstandes von Jüterbog

22.01.2016 Neujahrsempfang des Landkreises Teltow-Fläming in Luckenwalde



Aktuelle Themen aus dem Landtag

Internet im Knast: Weißer Ring sieht Gefahr für Opfer - CDU befürchtet Missbrauch - Netzaktivisten meinen: Internet gehört auch im Gefängnis zum Leben

Scharfe Kritik am Vorstoß von Justizminister Helmuth Markov (Linke), Gefängnis-Insassen perspektivisch einen Internetzugang auf der Zelle zu gewähren: CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum sagt der MAZ: "Dieses Vorhaben des Justizministers ist ein Schnellschuss, der nach hinten losgehen wird". Ein Internetzugang für Gefangene führe "zu schwerwiegenden Sicherheitsrisiken". Es sei nicht auszuschließen, "dass einzelne Gefangene den geplanten Internetzugang für kriminelle Handlungen missbrauchen". Für strenge Kontrollen fehle das Personal in der Justiz. "Anstatt neue Sicherheitsrisiken zu schaffen, sollte sich Markov um Verstärkung kümmern", so Eichelbaum.

Die Opferschutz-Organisation Weißer Ring lehnt den Vorstoß ebenfalls weitgehend ab. "Es besteht die große Gefahr, dass Opfer zum wiederholten Mal Opfer werden", weil sie übers Internet unter Druck gesetzt oder belästigt würden, sagt der Landesvorsitzende Jürgen Lüth, bis 2002 Polizeipräsident in Cottbus. "Es wäre eine Fehlinvestition" - der Minister solle das Geld lieber in einen geplanten Opferfonds stecken. Die Gefahr der Zeugenbeeinflussung hebt Lüth hervor. Zwiespältig findet man die Aussicht, dass JVA-Insassen künftig im Netz surfen können, beim einflussreichen Digitalrechte-Blog "netzpolitik.org". Grundsätzlich sei es zu begrüßen, wenn Gefangene am Netzleben teilnehmen könnten, weil dies nun mal zum Leben heutzutage gehöre. "Aber man wird es extrem einschränken müssen - denn über die Kommentarfunktion auf Webseiten etwa kann man Kontakt nach außen aufnehmen", sagt Alvar Freude, Spezialist für Fragen digitaler Zensur.

Werde den Gefangenen die Möglichkeit genommen, verschlüsselt zu kommunizieren, sei zumindest sichergestellt, dass ihre Internetaktivitäten minutiös aufgezeichnet werden könnten, sagt Holger Bleich vom Computertechnik-Magazin "c't". Menschen den Internetzugang komplett zu verweigern, sei ein "weitgehender Eingriff ins Kommunikationsverhalten, so Bleich. Denn: "Viele Informationen gibt es heute nur noch im Netz - das ist eine neue Qualität."

MAZ-Kommentar Internet in Gefängnissen:

Nicht in jeder Zelle Früher versteckten Ganoven konspirative Nachrichten in Kleinanzeigen der Zeitung.

"Blaues Damenrad, 26 Zoll, mit Einkaufskorb zu verkaufen, Besichtigung Sonnabend, 18 Uhr.." hieß übersetzt: Am Samstag knacken wir um 18 Uhr den Tresor des Lebensmittelgeschäfts in der Charlottenstraße 26. Oder so ähnlich. Das geht heute viel einfacher. Jeder kann per Kommentarfunktion auf Leserpost-Seiten oder in Autoschrauber-Chats Kontakt zu Komplizen aufnehmen - die Justiz wird es vermutlich nicht mitbekommen.

Deshalb darf es keinen freien Internet-Zugang für Strafgefangene geben. Sonst könnte man sich auch gleich die Handyblocker sparen, die den ungehinderten Telefonkatsch aus der Zelle verhindern. Man mag das einen Eingriff in die Bürgerrechte nennen - aber genau das bedeutet Strafvollzug: Entzug bestimmter Rechte für einen bestimmten Zeitraum. Opfer und nicht minder

Zeugenschutz sind in Deutschland immer noch stark verbesserungswürdig. Man muss schon sehr mutig sein, um sich der Tortur der peinlichen Befragung, den Blicken des Täters vor Gericht bewusst auszusetzen. Urteil und Haft sind für Opfer und Zeugen oft ein wichtiger Schlusstrich unter traumatische Erlebnisse. Das sollte auch so bleiben. Unerträglich ist die Vorstellung, den langen Arm eines Peinigers auch noch fürchten zu müssen, wenn der hinter Gittern sitzt. Deshalb: Internet sollte nur unter strenger Aufsicht zugänglich sein - *und nicht in jeder Zelle.*

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.03.2016



05.03.2016 Raab Karcher Cup in Potsdam



01.03.2016 Spendenübergabe an den RC Germania Potsdam

03.03.2016 Anhörung im Ausschuss
für Infrastruktur und Landesplanung
des Landtages

(Quelle Landtag Brandenburg)



Ermittlungen in Nauen - Polizei geht von größerer Terror-Gruppe aus

Eine Neonazi-Zelle soll für den Brandanschlag auf eine Turnhalle in Nauen verantwortlich sein. Die Polizei geht aber von einem viel größeren Unterstützerkreis aus.

von Alexander Fröhlich. Nachdem die Polizei in Nauen eine Neonazi-Zelle ausgehoben hat, die für den Brandanschlag auf eine als Asylunterkunft vorgesehene Turnhalle und andere Taten verantwortlich sein soll, gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass weitaus mehr Rechtsextremisten bei der Terror-Truppe mitmachen und der Unterstützerkreis der Neonazi-Zelle weitaus größer ist. Bislang gibt es fünf Verdächtige, gegen die etwa wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird. Kopf der Gruppe ist Maik Schneider, 29 Jahre alt, Stadtverordneter in Nauen und Kreistagsabgeordneter der NPD im Havelland. Zudem ist ein weiterer Verdächtiger NPD-Mitglied, auch die anderen sind als NPD-Sympathisanten bekannt. Schneider und der weitere Tatverdächtige Dennis W. sitzen in Untersuchungshaft. W. war mehrere Tage untergetaucht, bis die Fahnder ihn in einer Wohnung aufspürten.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt noch nicht

Die Bundesanwaltschaft nimmt vorerst jedoch keine Terrorermittlungen auf, schließt dies mit Blick auf neue Erkenntnisse aber auch nicht aus. Bislang wird der Neonazi-Zelle der Brandanschlag auf eine Sporthalle in Nauen im August 2015 vorgeworfen, die als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden sollte. Die Halle wurde dabei völlig zerstört. Die Gruppierung soll zudem aus rassistischen Motiven das Auto eines Polen in Brand gesetzt, Parteibüros der Linken angegriffen und weitere rechte Straftaten verübt haben. Die Sicherheitsbehörden nehmen aber an, dass die Neonazi-Zelle für eine Reihe weiterer Taten verantwortlich ist: mehrere Attacken auf ein Büro der Linkspartei, den Brandanschlag auf Lokalpolitiker der Linken sowie einen Drohbrief mit Aufruf und Anleitung zum Bombenbau gegen Flüchtlinge. Auch die Verbindungen deutschlandweit, aber besonders in der Hauptstadtregion zu anderen Gruppierungen werden überprüft. Nach den Lehren aus dem NSU-Skandal soll unbedingt vermieden werden, dass ein neues Untergrund-Netzwerk von Neonazis unerkannt bleibt. Sollten sich im Lauf der Ermittlungen Anhaltspunkte für die Bildung einer terroristischen Vereinigung ergeben, werde das Verfahren an den Generalbundesanwalt übergeben, heißt es von der Staatsanwaltschaft Potsdam.

Die Zerschlagung der Neonazi-Zelle gilt als wichtiger Erfolg

Für die Landesregierung und die Polizeiführung ist die Zerschlagung der Neonazi-Zelle ein wichtiger Erfolg. Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) sagte, die Polizei werde alles tun, um rechte Straftaten zu unterbinden und aufzuklären, gerade weil die Behörden einen Anstieg beobachten. 2015 gab es in Brandenburg viermal so viele Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte wie im Vorjahr. Der Staatsschutz registrierte 2015 insgesamt 141 derartige Attacken, gegenüber 36 im Jahr zuvor. Angesichts dieser Zahlen hat der Fall Nauen hohen symbolischen Wert. Denn ansonsten sieht es bei der Polizei wenig rosig aus. Der Staatsschutz ist völlig unterbesetzt, das sieht selbst Schröter so. Der Fall Nauen und zuvor die Entführung von Elias in Potsdam haben massiv Kriminalbeamte gebunden. Riccardo Nemitz, Landeschef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), sagt, die Aufklärung schwerster Straftaten wie in Nauen sei eigentlich Tagesgeschäft. „Viele Hunderte anderer Ermittlungsverfahren sind liegen geblieben und konnten nicht so untersucht werden, wie es geboten gewesen wäre.“ Auch bei rechten Straftaten.

16 Haftbefehle gegen Rechtsextreme sind nicht vollstreckbar

Obendrein schaffen es die Behörden nicht einmal, rechtsextreme Straftäter hinter Gittern zu bringen. In Brandenburg sind derzeit sechzehn Haftbefehle im Zusammenhang mit rechtsextrem motivierter Kriminalität nicht vollstreckbar, die Verdächtigen sind nicht zu finden. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage des CDU-Rechtsexperten Danny Eichelbaum hervor. „Ein Fahndungserfolg allein wie in Nauen reicht nicht aus, dafür ist die aktuelle Bedrohungslage durch zunehmende rechtsextreme Bestrebungen und ansteigende politische Gewalt im Land zu groß“, sagte Eichelbaum dem Tagesspiegel. Es sei auch nicht nachvollziehbar, warum es nicht gelingt, die Haftbefehle zu vollstrecken. „Im Kampf gegen den Extremismus sind deutliche und konsequente Antworten des Rechtsstaates erforderlich. Dazu gehört es, dass die per Haftbefehl gesuchten Straftäter endlich ins Gefängnis kommen.“

Mehrere Angriffe auf Ausländer am Wochenende

Am Wochenende gab es in Brandenburg mehrere Angriffe auf Ausländer und ein Asylheim. In Cottbus hat ein Unbekannter einen 36-jährigen Mann aus Pakistan verletzt. Der Mann sei bei dem Vorfall in der Nacht zu Sonntag fremdenfeindlich beleidigt, geschlagen und getreten worden, teilte die Polizei mit. Die Verletzungen hätten im Krankenhaus behandelt werden müssen. Ein 57-jähriger Angolaner, der helfen wollte, sei ebenfalls attackiert worden. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung gegen Unbekannt. In der gleichen Nacht wurde auch eine Flüchtlingsunterkunft in Königs Wusterhausen angegriffen. Zwei alkoholisierte Männer versuchten zunächst die Asylunterkunft unter einem Vorwand zu betreten, wurden aber nach Pöbeleien abgewiesen. Kurz darauf seien die 24 und 30 Jahre alten Männer verummumt zurückgekehrt und hätten ein Fenster mit einer Flasche eingeworfen. In einer Diskothek in Prenzlau wurden am Sonntagmorgen fünf Asylbewerber zunächst beschimpft und anschließend angegriffen. Drei der Männer seien dabei verletzt worden, ein 31-jähriger Afghane musste ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Täter sind noch nicht gefasst.

Quelle: Tagesspiegel, 08.03.2016

Parlamentarischer Abend des Ostdeutschen
Sparkassenverbandes am 09.03.2016 in Potsdam



24.02.2016 Rechtspolitisches Fachgespräch der
CDU-Landtagsfraktion im Landtag

Verschwundene Neonazis - 14 Haftbefehle gegen Rechte nicht vollstreckt

Der jetzt gefasste Angehöriger einer rechten Neonazi-Zelle in Nauen, Dennis W. (29) ist nicht der einzige Rechtsextreme, gegen den ein vorliegender Haftbefehl lange Zeit nicht vollstreckt werden konnte. 15 Verdächtige aus dem rechten Spektrum sind laut Landesregierung nicht auffindbar.

Potsdam. Während einer der gesuchten mutmaßlichen Brandstifter am Freitagmorgen von Polizisten nach tagelanger Suche festgenommen werden konnte, wird eine verstörende Zahl bekannt: In Brandenburg sind nach derzeitigem Stand 15 Haftbefehle gegen Verdächtige nicht vollstreckt, die in Zusammenhang mit politisch motivierter Kriminalität stehen sollen. 14 Fälle davon rechnet die Landesregierung dem rechten Spektrum zu. „Sämtliche Haftbefehle konnten nicht vollstreckt werden, weil die Aufenthaltsorte der jeweiligen Betroffenen unbekannt sind“, heißt es in einer Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des CDU-Rechtsexperten Danny Eichelbaum. Die Haftbefehle wurden unter anderem wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Störung des öffentlichen Friedens mittels Androhung einer Straftat, schweren Raubes, Sachbeschädigung, Beleidigung, und gefährlicher Körperverletzung erlassen. Bei dem einen „linken“ Fall geht es um Drogenhandel.

„Ein Erfolg allein reicht nicht, dafür ist die aktuelle Bedrohungslage durch zunehmende rechtsextreme Bestrebungen und ansteigende politische Gewalt zu groß“, sagte CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum es nicht gelingt, die Haftbefehle zu vollstrecken. Im Kampf gegen den Extremismus sind deutliche und konsequente Handlungen vom Rechtsstaat erforderlich. Dazu gehört es, dass die per Haftbefehl gesuchten Verbrecher endlich ins Gefängnis kommen.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 04.03.2016

Länder-Streit um Präsidenten - Auch nach zwei Jahren gibt es beim Landessozialgericht keinen neuen Chef / Berliner Senatsbeschluss fehlt

Die Geschichte von Berlin und Brandenburg ist wahrlich keine Liebesgeschichte. Gerade hakt es mal wieder in der Justiz.

Potsdam. Das gemeinsame Landessozialgericht Berlin-Brandenburg muss weiter auf einen Präsidenten warten. Dem gemeinsamen Richterwahlausschuss der Länder Berlin und Brandenburg gelang es auch zwei Jahre nach der Pensionierung von Monika Paulat im Dezember 2013 nicht, einen Nachfolger für die Spitzenposition zu finden.

Wie der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum, der Mitglied des Gremiums ist, am Mittwoch nach der Sitzung des Ausschusses der RUNDSCHAU berichtete, scheiterte die Wahl des Präsidenten erneut daran, dass sich die Länder Berlin und Brandenburg nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können. "Es ist schlimm und eine Missachtung der Sozialgerichtsbarkeit, dass seit über zwei Jahren diese Stelle unbesetzt ist."

Tatsächlich gibt es bereits einen Kandidaten für die Stelle: Doch Gerüchten zufolge soll der am besten qualifizierte Bewerber der CDU nahe stehen. Was für die Brandenburger Landesregierung kein Hinderungsgrund darstellte: Das rot-rote Potsdamer Kabinett stimmte

dem Bewerber bereits zu, bestätigte ein Sprecher des Potsdamer Justizministeriums der RUNDSCHAU.

Doch damit der Kandidat für den juristischen Spitzenposten vom gemeinsamen Richterwahlausschuss gewählt werden kann, braucht es auch einen entsprechenden Beschluss des Berliner Senats. "Wir stimmen dem Kandidaten zu und haben die entsprechenden Unterlagen bereits im Januar an die Senatskanzlei geleitet", sagt Claudia Engfeld, Pressesprecherin von Justizsenator Thomas Heilmann (CDU). Doch auf der Tagesordnung des Senats war die Personalie bislang nicht. Ein Senatssprecher bestätigte der RUNDSCHAU lediglich, dass das Verfahren laufe. Eine Prognose über den Zeitplan könne aber nicht abgegeben werden. Das den Brandenburger Richterbund zu einem bösen Verdacht bringt: "Wir befürchten, dass hier parteipolitische Interessen eine Rolle spielen - das darf aber bei der Besetzung eines Gerichts nicht sein", sagt die Vorsitzende des Brandenburger Richterbunds, Claudia Odenbreit. "Ich habe die Befürchtung, dass man in Berlin versucht, die Stelle erst nach der Abgeordnetenhauswahl im Herbst zu besetzen, um dann einen politisch passenden Kandidaten durchzusetzen." Das sei aber eigentlich nicht möglich, denn die Justiz habe unabhängig zu sein.

Doch der Brandenburger CDU-Abgeordnete Eichelbaum warnt bereits vor möglichen Konsequenzen, sollte die Stelle auch weiter nicht besetzt werden. "Im Herbst geht auch Vizepräsident Hubert Oesterle in Pension", sagt Eichelbaum. Und eine zweite Vakanz würde das Landessozialgericht an die Grenze der Handlungsfähigkeit bringen.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 03.03.2016



29.01.2016 Besuch des Landgerichtes Cottbus

21.01.2016 Mit dem Befehlshaber
des Einsatzführungskommandos der
Bundeswehr, Generalleutnant Erich
Pfeffer, beim Neujahrsempfang der
Bundeswehr in Potsdam



Ringen: Interview mit RVB-Präsident Danny Eichelbaum

"Die Zeit des Heulens muss vorbei sein"

Landesverbandspräsident Danny Eichelbaum blickt trotz des Bundesliga-Rückzugs der LSC-Ringer optimistisch in die Zukunft

Das Ringen kommt nicht aus den Negativschlagzeilen. Danny Eichelbaum, der Präsident des Ringerverbandes Brandenburg (RVB) sieht aber in der Krise durchaus eine Chance.

MAZ: In dieser Woche gab es zwei Dopingverdachtsfälle beim ASV Nendingen, dem deutschen Mannschaftsmeister. Wie bewerten Sie den Vorfall?

Danny Eichelbaum: Jeder Dopingfall im Sport ist ein Fall zu viel. Wer als Leistungssportler dopt, tritt die Werte des Sports mit Füßen. Deshalb muss es eine Null-Toleranz gegenüber Doping geben. Sollten sich die Verdachtsfälle bestätigen, müssen die Sportler hart bestraft werden. Dem ASV Nendingen droht außerdem der Verlust des Meistertitels.

25 Jahre Bundesligaringen in Luckenwalde, dieses Jubiläum wurde kürzlich noch gefeiert, nur wenige Monate später dann das Aus. Wie passt das zusammen?

Eichelbaum: Das müssen Sie den Vorstand des 1. Luckenwalder Sport Clubs fragen. Bis Ende letzten Jahres gab es jedenfalls keine Anzeichen für einen Rückzug der Luckenwalder Ringer aus der 1. Bundesliga. Sportliche Gründe gab es dafür nicht, schließlich standen die Luckenwalder Ringer in der letzten Saison kurz vor dem Halbfinale. Aus meiner Sicht führten vereinsinterne Fehler, Kommunikationsprobleme und das Wettrüsten einzelner finanzstarker Vereine in der 1. Bundesliga zu dem Fiasko. Resultat dieser Fehlentwicklungen war, dass es dem 1. Luckenwalder SC wirtschaftlich und finanziell nicht mehr möglich war, mit einer leistungsstarken Mannschaft in der 1. Bundesliga anzutreten. Das bedauere ich außerordentlich.

Wie groß sind die Auswirkungen durch den Rückzug der Luckenwalder aus der 1. Bundesliga auf das Ringen im Land Brandenburg?

Eichelbaum: Wahrscheinlich kleiner als es auf den ersten Blick vermuten lässt. Ringen in Brandenburg kann nicht nur auf die 1. Bundesliga reduziert werden. Wir haben in Brandenburg leistungsstarke Ringer in allen Altersklassen. Die beiden Bundesstützpunkte und Eliteschulen in Luckenwalde und Frankfurt/Oder sind von der Entscheidung des 1. Luckenwalder SC auch nicht betroffen. Alle Brandenburger Kaderathleten werden auch weiterhin für ihre Vereine und für das Land Brandenburg bei nationalen und internationalen Meisterschaften antreten. Allein sechs Ringerinnen und Ringer aus Brandenburg kämpfen gerade um die Olympiaqualifikation.

Bei den deutschen Einzelmeisterschaften im letzten Jahr waren der 1. LSC und der RSV Hansa 90 Frankfurt die erfolgreichsten Vereine. Am Wochenende erkämpften Erik Weiß und Christian John für Brandenburg einen 1. und einen 2. Platz bei den Thor Masters in Dänemark und Nick Matuhin den 3. Platz beim Medved Turnier in Weißrussland. Wir freuen uns auch, dass sich die Luckenwalder Ringer Lennard Wickel, Martin Obst und Nick Matuhin für die Europameisterschaften im März in Riga qualifiziert haben. Und mit dem RC Germania Potsdam und den RSV Hansa 90 Frankfurt kämpfen zwei leistungsfähige Mannschaften in der Regionalliga Mitteldeutschland, hier konnten die Potsdamer Ringer in der letzten Saison sogar den Meistertitel holen. Nach wie vor haben wir in Luckenwalde und Frankfurt also die besten

Rahmenbedingungen für Nachwuchsathleten, hier werden auch weiterhin Deutschlands beste Ringer ausgebildet.

Wird es in der Flämingshalle in absehbarer Zeit noch einmal Kämpfe in der 1. Ringer-Bundesliga geben oder war der Rückzug des 1. LSC ein Abschied für immer?

Eichelbaum: Das Nichtvorhandensein einer Brandenburgischen Mannschaft in der 1. Bundesliga spiegelt nicht die Leistungsfähigkeit des Brandenburgischen Ringkampfsportes wider. Der Ringerverband Brandenburg hat deshalb auch nicht die Absicht, sich mit diesem unhaltbaren Zustand abzufinden. Unser Ziel ist es, mit einer Brandenburger Mannschaft so schnell wie möglich, wieder in der Bundesliga vertreten zu sein. Mit einem Team Brandenburg könnten wir sportlich wieder an den Start gehen. Die Zeit des Herumheulens muss vorbei sein.

Welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden?

Eichelbaum: Obwohl es nicht originäre Aufgabe des Ringerverbandes Brandenburg ist, den Ligabetrieb zu organisieren, hat das RVB-Präsidium in der letzten Woche eine interne Arbeitsgruppe "Team Brandenburg" ins Leben gerufen. Gemeinsam mit dem 1. Luckenwalder SC, dem RC Germania Potsdam und dem RSV Hansa 90 Frankfurt wollen wir besprechen, ob und wie wir mit einer gemeinsamen Mannschaft, eben dem "Team Brandenburg", ins Ligawettkampfgeschehen eingreifen können. Unser Ziel ist es, die Kräfte zu bündeln und mit einer gemeinsamen Mannschaft den Wiederaufstieg vorzubereiten. Mit dieser Mannschaft könnten wir außerdem unseren Nachwuchsringern die Chance geben, im eigenen Land, in verschiedenen Ligen zu kämpfen. Einhergehend damit müssen allerdings auch Reformen auf der Bundesebene eingeleitet werden. Wir benötigen dringend mehr deutsche Nachwuchsringer auf der Matte und die Bundesliga darf nicht nur Eliteliga für finanzstarke Vereine aus dem Süden sein.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.02.2016



20.01.2016 Neujahrsempfang
der Landesregierung und des
Landtages in Potsdam

Rechtsstaatswidrige Zustände - Landessozialgerichts-Präsident Oesterle kritisiert die lange Dauer der Verfahren und greift Markov an

Das Personalpaket von Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Linke) für die Sozialgerichte ist verpufft. Die Aktenberge mit Hartz-IV-Klagen an den Sozialgerichten in Brandenburg sind unvermindert hoch. Mehr als 3700 Klagen sind bereits seit 2012 oder länger anhängig, teilte das Landessozialgericht am Mittwoch in Potsdam mit. Dies seien knapp elf Prozent der offenen Verfahren. Im Durchschnitt dauere es fast zweieinhalb Jahre, bis ein Fall abgeschlossen sei. Damit werde der in der Landesverfassung zugesicherte Rechtsanspruch der Bürger auf ein zügiges Verfahren gefährdet und in vielen Fällen rechtsstaatswidrig verletzt, erklärte der amtierende Präsident des Landessozialgerichts, Herbert Oesterle. Bürger könnten dadurch das Vertrauen in den Rechtsstaat in Zweifel ziehen.

Bereits vor einem Jahr hatte Oesterle gewarnt, dass an den vier brandenburgischen Sozialgerichten in Potsdam, Neuruppin, Frankfurt (Oder) und Cottbus wegen der langen Verfahren faktisch gegen die Verfassung verstoßen wird. Die Landesregierung müsse die Zahl der Richter zum Abbau der Altfälle vorübergehend für fünf Jahre um zehn Stellen aufstocken, forderte Oesterle. Auch darauf hatte er schon vor einem Jahr hingewiesen und einen Masterplan gefordert, auf dessen Grundlage im Jahr 2020 ein Zustand erreicht wird, "der mit Normalisierung beschrieben werden kann". Bei der Landesregierung wurde das Problem zwar erkannt, auch im Koalitionsvertrag. Doch getan hat sich nur wenig. Markov verschaffte den vier Sozialgerichten zwar vier neue Richterstellen.

Tatsächlich sei die Zahl der Richter mit dem Jahreswechsel aber um 1,6 Stellen zurückgegangen, beklagte Oesterle. Statt der festgeschriebenen 76,5 Richter gebe es aktuell nur 74,48. Der Grund: Richter gingen teils in Teilzeit und der Wegfall pensionierter Richter ist durch neues Personal nicht kompensiert worden. Der nötige Personalzuwachs um zehn Richter sei in unerreichbare Ferne gerückt, sagte Oesterle. Auch bei den sonstigen Justizbediensteten an den Sozialgerichten liege man weiter unter den Sollwerten. "Die angespannte Personalsituation, die sich mit immensem Arbeitsanfall paart, führt zu nicht hinnehmbaren Arbeitsbelastungen", sagte er. Das Personal an den Gerichten sei überfordert. Nötig sei deshalb, bei Pensionierungen die Stellen neu zu besetzen. Nur so sei zu gewährleisten, dass die Anzahl der pro Jahr erledigten Verfahren in etwa der Anzahl der pro Jahr neu eingehenden Streitsachen entspreche. Die CDU-Opposition im Landtag schloss sich der Forderung an.

"SPD und Linke verkennen seit Jahren die dramatische Lage an den brandenburgischen Sozialgerichten", sagte deren rechtspolitischer Sprecher Danny Eichelbaum. "Die Sozialgerichte in Brandenburg haben zu wenig Richter und zu wenig nichtrichterliches Personal, um die Gerichtsverfahren zügig abzuschließen." Justizminister Markov müsse endlich für genügend Personal an den Gerichten sorgen. Das Justizministerium entgegnete, in den vergangenen Jahren habe es in den Sozialgerichten eine positive Entwicklung gegeben. Allein 2015 seien gegenüber dem Vorjahr mehr als 1000 Fälle abgebaut worden. Dem Sozialgericht Frankfurt (Oder) seien erst im vergangenen Herbst drei neue Proberichterinnen zugewiesen worden, einige gingen allerdings in Teilzeit. Von 2018 an seien jährliche Neueinstellungen geplant, um die große Zahl von Pensionierungen auszugleichen, hieß es aus dem Ministerium. Immerhin gibt es auch Lichtblicke: Erstmals seit 2005 wurden an den Sozialgerichten mehr Fälle (22 119) erledigt als neu eingingen (20 990).

Die Zahl der neuen Verfahren ging im Vergleich zu 2014 um 8,7 Prozent zurück. Die Gesamtzahl der Verfahren war am Jahresende um 3,2 Prozent geringer als im Vorjahr. In Cottbus und Potsdam konnte der Bestand an Verfahren gegenüber dem Vorjahr um 11,6 Prozent (Cottbus) und 7,3 Prozent (Potsdam) abgebaut werden. Der Grund: Die Zahl der Eingänge war rückläufig, mehr Fälle wurden erledigt. In Neuruppin und Frankfurt (Oder) aber hat sich die Lage nochmals verschärft: Dort gingen 2015 jeweils deutlich mehr neue Verfahren ein als die Richter erledigen konnten. Die Zahl der unerledigten Fälle wuchs an, in Frankfurt (Oder) auf 9102, in Neuruppin auf 7036. An diesen Gerichten hat sich zudem das Problem mit sehr alten und unerledigten Klagen verschärft. In Frankfurt stammen 17,11 Prozent aller offenen Fälle aus dem Jahre 2012 oder früher, im Sozialgericht Neuruppin sind es 12,17 Prozent. Zum Vergleich: Die Anzahl der Klagen, die bis 2012 erhoben wurden und noch unerledigt sind, summiert sich an den vier Gerichtsstandorten auf 3768 Verfahren, das sind knapp elf Prozent aller offenen Fälle.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 04.02.2016

Gefängniswärter bald ohne Schusswaffen? Spar-Ideen im Justizressort. Strafvollzugsbeamte warnen vor mangelnder Abschreckung

Sie bewachen Schwerverbrecher, Mörder und Gewalttäter. Doch für den Selbstschutz und für Notfälle müssen Brandenburgs Gefängniswärter womöglich bald auf Schusswaffen verzichten. Im Justizministerium gibt es ernsthafte Überlegungen, den Strafvollzugsbediensteten in den Gefängnissen des Landes die Schusswaffen abzunehmen und deren Einsatz komplett abzuschaffen. Entsprechende PNN-Recherchen bestätigte ein Ministeriumssprecher am Donnerstag.

Hintergrund ist die derzeit im von Helmuth Markov (Linke) geführten Justizministerium laufende Neuberechnung des Personalbedarfs, der nach dem 2013 gültigen, stärker auf Resozialisierung und Betreuung ausgerichteten Vollzugsgesetz nötig ist. Eine Arbeitsgruppe des Ministeriums hat dazu verschiedene Modelle erarbeitet und am Donnerstag auch im Rechtsausschuss vorgestellt. Nach Berechnungen der Arbeitsgruppe müssten es 1138 statt der derzeit rund 980 Bediensteten sein, um das seit 2013 geltenden Gesetz umzusetzen.

Nach zwei weiteren Modellen wären auch 1082 und 1062 Stellen möglich - allerdings nur, wenn künftig Schusswaffen für Strafvollzugsbeamte in den Gefängnissen komplett abgeschafft werden. Der Ministeriumssprecher verwies auf den Freistaat Sachsen, wo die Wärter ebenfalls keine Schusswaffen mehr tragen. Damit Strafvollzugsbeamte Waffen tragen dürfen, ist der Personalaufwand hoch. Denn neben der Schusswaffenausbildung müssen die Beamten für die Berechtigung, Waffen im Dienst zu tragen und im Notfall auch einzusetzen, in der Dienstzeit regelmäßige Pflichtübungen absolvieren. Wenn all dies komplett wegfallen würde, müsste weniger Zeitaufwand und damit weniger Personal eingeplant werden. Daneben gibt es weitere Stellschrauben, die die Arbeitsgruppe berücksichtigt hat, etwa die Sicherheitskontrollen beim Inventar oder Vorschriften zur Sicherheitsprüfung von Gefangenentransportern. Am meisten Personal ließe sich allerdings durch den Verzicht auf Schusswaffen einsparen.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten befürchtet deshalb schwere Sicherheitslücken in Brandenburgs Gefängnissen. Der Landesvorsitzende Rainer Krone sagte den PNN: "Ich kann nur davor warnen, Schusswaffen im Strafvollzug generell abzuschaffen." Angesichts der aktuellen Sicherheitslage sei dies gefährlich, der Effekt der Abschreckung gehe verloren. "Wir müssen uns

alle Möglichkeiten offenhalten. Wir wissen nicht, was auf uns zukommt", sagte Krone. Als Beispiele nannte er die wachsende Zahl von Flüchtlingen und die steigende Terrorgefahr. Bei ernsthaften Notfällen in den Gefängnissen könnten sich die Bediensteten dort auch "nicht mehr auf die Polizei verlassen, weil die kaputt gespart wurde". Der Rechtsexperte der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, sagte, wenn Schusswaffen komplett abgeschafft werden, sei dies eine ernsthafte Gefahr für die Vollzugsbediensteten. "Die Sicherheit der Beamten muss neben der Verhinderung von Ausbrüchen Priorität haben."

Ohne mit Schusswaffen ausgestattete Beamte sei die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten nicht mehr gewährleistet. "Damit steigt auch das Risiko für gewalttätige Auseinandersetzungen in den Gefängnissen und Fluchtversuche." In Auftrag gegeben worden war die Neuberechnung des Personalbedarfs noch von Markovs Vorgänger Volkmar Schöneburg (Linke), dem Vater des Brandenburger Strafvollzugsgesetzes, das aus Sicht der meisten Fachleute eines der modernsten und liberalsten Strafvollzugsgesetze in der Bundesrepublik ist. Die neuen Berechnungsmodelle berücksichtigen erstmals die neuen Gesetzesvorgaben. Fest steht damit zunächst eins: Derzeit gibt es viel zu wenige Strafvollzugsbedienstete in Brandenburgs Gefängnissen. "Aus dem neuen Berechnungsmodell geht ganz klar hervor, dass die bisherige Personalbedarfsplanung im Justizvollzug von Anfang an viel zu knapp bemessen war", sagte der Grünen- Rechtsexperte Benjamin Raschke. "Der Minister ist aufgefordert, hier so schnell wie möglich nachzubessern." Tatsächlich sieht der Haushalt für dieses Jahr nur 1010 Stellen vor. CDU-Rechtsexperte Eichelbaum erklärte, der nun errechnete Personalbedarf zeige, dass sich Markov beim Strafvollzug nicht an das von Rot-Rot durchgedrückte Gesetz halte.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 08.01.2016



08.01.2016 Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Oberhavel in Kremmen

10.-11.01.2016 Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Schönefeld



Entlassung von Sexualstraftätern aus Untersuchungshaft - Danny Eichelbaum: Stellenreduzierungen in der Justiz zurücknehmen und Frühwarnsystem schaffen

Zur heutigen Debatte über den CDU-Antrag ‚Entlassung von Straftätern verhindern‘ erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum:

„Die Entlassung der beiden einschlägig vorbestraften Sexualstraftäter war und ist noch immer vor allem für die Opfer eine fürchterliche Nachricht. Die politische Verantwortung für diesen Justizskandal trägt der Justizminister des Landes Brandenburg.

Es ist die Aufgabe der Landesregierung, die Bevölkerung vor Sexual- und Gewaltstraftätern zu schützen und die Einhaltung von Recht und Gesetz in Brandenburg zu überwachen. Die Landesregierung muss die Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und organisatorisch so ausstatten, dass sie die Gerichtsverfahren in Brandenburg zügig durchführen können.

Schon jetzt fehlen in Brandenburg Richter, Staatsanwälte und Justizbeschäftigte, um alle anstehenden Gerichtsverfahren so bearbeiten zu können, wie es die Bürger zu Recht erwarten können- schnell und gründlich. Die Berufsverbände und die Oppositionsfraktionen haben seit Langem immer wieder darauf hingewiesen, dass die von der Landesregierung aus SPD und Linken vorgenommenen Stellenreduzierungen negative Folgen haben werden. Die CDU fordert die Landesregierung auf, die bis zum Jahr 2018 geplanten Stelleneinsparungen in der Justiz zurückzunehmen und gemeinsam mit den Staatsanwaltschaften und den Gerichten ein effektives Frühwarn- und Informationssystem zu entwickeln, um zukünftig Haftentlassungen auf- grund von Verfahrensverzögerungen zu vermeiden.“

Quelle: Pressemitteilung, 20.01.2016

Gegen Rechtsextreme zu wenig konsequent

Mitte der 90er-Jahre machten sich in vielen Orten Brandenburgs Rechtsextremisten breit. Glatzen und Springerstiefel gehörten zum öffentlichen Straßenbild. Es gab fremdenfeindliche Übergriffe mit Toten und Schwerverletzten. An jedem Wochenende sangen Neonazis fremdenfeindliche Texte auf ihren Konzerten. Spät, beinahe zu spät, reagierte der damalige Ministerpräsident, Manfred Stolpe, auf diese kritische Entwicklung. Erst langsam begannen der Rechtsstaat, Polizei und Justiz, entschlossen die Gesetze durchzusetzen. Mit Hilfe vieler gesellschaftlicher Initiativen konnte die Entwicklung damals eingedämmt werden. Allerdings zeigt die aktuelle Entwicklung, dass offenbar ein kleiner, aber gefährlicher Teil der Gesellschaft in Brandenburg Gewalt gegen Fremde nicht nur akzeptiert, sondern sogar selbst zur Straftat schreitet.

Allein in diesem Jahr gab es über 60 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. Das sind Brandanschläge wie etwa in Nauen. Den Tod von Menschen nehmen die Täter mindestens billigend in Kauf. Die Millionenschäden trägt der Steuerzahler. Die Landesregierung reagiert darauf zwar wortreich. Danach laufen die Dinge jedoch wie gehabt. Wir dürfen uns nicht damit abfinden. Wir dürfen Straftaten aus fremdenfeindlichen Motiven nicht als bedauerliche Begleiterscheinung auf die geänderte Flüchtlingspolitik werten. Warum gelingt es der Justiz nicht, Täter zu überführen? Warum werden Tatverdächtige wie in Bad Belzig erst Wochen nach der Tat befragt? Die Täter lassen sich offenbar auch nicht von den Worten und Missbilligungen der Politik beeindrucken. Hier ist die deutliche Antwort des Rechtsstaates überfällig! Warum tut

sich die Landesregierung so schwer, Polizei und Verfassungsschutz in die Lage zu versetzen, die Taten aufzuklären? Der massive Anstieg bei rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten ist eindeutig.

Hier bedarf es keiner Wortbekenntnisse. Hier ist ein konsequentes Handeln der Politik erforderlich. Konkret muss vor allem der jahrelang betriebene Personalabbau bei den Sicherheitsbehörden gestoppt werden. Zwei Beispiele: Mit der gescheiterten Polizeireform wurde der Personalbestand beim polizeilichen Staatsschutz - zuständig für die Verfolgung von politisch motivierten Straftaten - beim Landeskriminalamt um über 40 Prozent und in den Dienststellen in der Fläche um bis zu 47 Prozent gekürzt. Nicht besser sieht es beim Verfassungsschutz Brandenburg aus. Von ehemals über 120 Stellen im Jahr 2009 sind gegenwärtig nur noch 85 übrig. Und das alles in Zeiten von zunehmenden rechtsextremen Bestrebungen und ansteigender politisch motivierter Kriminalität. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus! Warum werden die Flüchtlingsunterkünfte nicht besser geschützt? Wann führen wir endlich die notwendige Diskussion zum Umstand, dass die Täter offenbar nicht mehr allein jugendliche Rechtsextreme sind?

Vieles spricht dafür, dass die Täter mittlerweile aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Das ist ein wichtiger Unterschied zu der kritischen Lage in den 90er-Jahren. Und es gibt einen weiteren Unterschied: Heute handelt es sich um eine offen fremdenfeindlich agierende Fraktion aus dem Landtag heraus. Ihr Vorsitzender findet regelmäßig Worte, die bei den Tätern als Billigung verstanden werden. Der Ministerpräsident forderte die Justiz auf, konsequenter gegen rechtsextremistische Straftäter vorzugehen. Täter können aber nur schnell und mit der notwendigen Härte des Gesetzes verurteilt werden, wenn die Landesregierung die Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und organisatorisch gut ausstattet. Das Gegenteil ist der Fall. Anstatt mehr Stellen für Strafrichter und Staatsanwälte zu schaffen, vollstreckt Woidkes Regierung das größte Justizstellenabbauprogramm in der Geschichte des Landes Brandenburg. Bis zum Jahr 2018 wird die rot-rote Landesregierung 211 Stellen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften abbauen, darunter über 30 Richterstellen und noch einmal 30 Staatsanwaltschaften. Dadurch müssen voraussichtlich zwei Senate beim Oberlandesgericht und 13 Kammern an den Landgerichten, also mehr als ein Viertel aller vorhandenen Gerichtskammern in Brandenburg geschlossen werden. Die Aburteilung von rechtsextremistischen Straftätern in beschleunigten Verfahren ist so kaum möglich.

Konsequenzen dieser Politik sind lange strafrechtliche Verfahren, Entlassungen von Gewaltverbrechern aus der Untersuchungshaft und Verzögerungen, die die Verhängung von schuldangemessenen Strafen unmöglich machen. Erstmals gingen deshalb Richter und Staatsanwälte auf die Straße und demonstrierten gegen den Stellenabbau in der Justiz des Landes. Der Ministerpräsident nahm sich jedoch noch nicht einmal die Zeit, um die Vertreter der dritten Staatsgewalt anzuhören. Woidke ist dabei, Stolpes Fehler zu wiederholen. Seine politische Passivität und Überforderung kann und wird die Lage weiter verschlimmern. Das können die Brandenburger nicht wollen. Handeln Sie, Herr Ministerpräsident! Die Autoren sind Mitglieder des Landtages Brandenburg. In der CDU-Fraktion ist Danny Eichelbaum rechtspolitischer Sprecher, Björn Lakenmacher innenpolitischer Sprecher und Sven Petke Sprecher für Kommunales.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 04.01.2016

Ausgewählte Termine März / April 2016

- 23.03.2016 10 Uhr Besuch des Bundeswehrstandortes Holzdorf
- 04.04.2016 10 Uhr Podiumsdiskussion Akademie 2. Lebenshälfte zur Seniorenpolitik in Ludwigsfelde
18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes
- 05.04.2016 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 09.04.2016 10 Uhr Fahrraddemo in Gröben
- 11.04.2016 10 Uhr Fachgespräch des Kreisfeuerwehrverbandes zum Thema: Kampfmittelbeseitigung in Wäldern in Luckenwalde
- 12.04.2016 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
14 Uhr Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission
18.30 Uhr Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming
- 13.04.2016 17 Uhr Gemeinsame Sitzung der CDU-Landtagsfraktionen von Sachsen und Brandenburg in Geltow
- 14.04.2016 10 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages
18.30 Uhr Landesvertreterkonferenz des Bundes der Deutschen Gerichtsvollzieher in Potsdam
- 18.04.2016 17 Uhr Sitzung des Kreistages Teltow-Fläming
- 19.04.2016 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
13 Uhr Sondersitzung des Landtages
- 21.04.2016 13.30 Uhr Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung
- 25.04.2016 18 Uhr Veranstaltung der CDU-Landtagsfraktion zur Kommunalstrukturreform in Luckenwalde
- 26.04.2016 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 27.04.2016 Plenum des Landtages
- 28.04.2016 Plenum des Landtages
- 29.04.2016 Plenum des Landtages
- 30.04.2016 Mitteldeutsche Meisterschaften im Ringen in Luckenwalde
- 01.05.2016 11 Uhr Spargelfest in Siethen

Impressum:

*Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*